

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pf. Telephone Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Zum
fünfundzigsten Geburtstag
unseres Zentralvorsitzenden Kollegen

Franz Wieber

am 24. März ds. Js. vereinigen sich alle Kollegen, Kolleginnen und Freunde unseres Verbandes in dem Herzenswunsch, daß des Kollegen Wieber erprobte Kraft unserem Verbands und der gesamten christlichen Arbeiterbewegung noch lange Jahre erhalten bleiben möge. Den □ □ □ □ □ □ □ □

herzlichen Glückwunsch

verbinden alle mit dem festen Versprechen, ihre volle Kraft treu und unentwegt für das Wachsen und Blühen des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes einzusetzen.

Bekämpfung der Lungenschwindsucht.

Ein Bürgengel in des Wortes schlimmster Bedeutung für die arbeitende Bevölkerung ist die Lungenschwindsucht oder Tuberkulose. Jährlich werden Tausende und Zehntausende von dieser schleichenden „Proletarier“-Krankheit dahingerafft. Die Ursachen dieser Krankheit liegen hauptsächlich in sozialen Uebeln, Unterernährung und sanitäre Mißstände im Arbeitsverhältnis, wie überlange Arbeitszeit, ungesunde Arbeitsräume usw. Fürchtbar viele Opfer fordert diese Volkskrankheit in der Metallindustrie. Schon die Angaben der Todesurachen in der Sterbetafel unseres Verbandes beweisen das.

Jeder Arbeiter- und Volksfreund wird den Kampf gegen diese verheerende Krankheit als Pflicht betrachten und dabei mitzuwirken suchen. Natürlich darf sich der Arbeiter selbst dieser Pflicht am allerwenigsten entziehen. Er muß und kann diese Pflicht am wirksamsten dadurch erfüllen, daß er durch tätige Mitarbeit in der Arbeiterorganisation die sozialen Hauptursachen der Tuberkulose, die Wurzeln des Uebels, zu beseitigen sucht. Ein Lohn, der eine Unterernährung der Familie ausschließt, eine kurze Arbeitszeit und gesunde Fabrikräume, das sind die besten Mittel, um der Volksseuche den Boden zu entziehen. Dabei gilt es natürlich auch alle Bestrebungen aus anderen Kreisen zu unterstützen, die diesem erstrebenswerten und segensreichen Ziel gewidmet werden. Dazu gehört auch der nach dieser Richtung hin geführte Kampf der Kranken- und Invalidenversicherung, der erfreulicherweise immer ernsthafter gegen die Tuberkulose aufgenommen wird.

Der Bericht des Vorstandes der rhein. Landesversicherungsanstalt für das Jahr 1906 erhält u. a. den durch seine lapidare Kürze wirkenden, inhaltschweren Satz: „Die Krankheiten der Lunge sind die häufigsten eintretenden Ursachen der Invalidität.“ Eine genaue statistische Zusammenstellung für die seit dem Jahre 1900 von der rheinischen Landesversicherungsanstalt bewilligten Invalidenrenten ergibt die volle Wahr-

eingegangenen 8850 Rentenansprüchen stützen sich insgesamt 3241 oder 37% der Gesamtzahl auf Erkrankungen der Lunge, nämlich 1856 auf Lungenschwindsucht, 1385 auf sonstige Lungenkrankheiten, Erweiterungen, Empyemen, Asthma. Derselbe Prozentsatz stellt sich für die vorhergehenden Jahre wie folgt: 1900: 37%, 1901: 37%, 1902: 35%, 1903: 34,5%, 1904: 32%, 1905: 35%.

Noch bedeutend ungünstiger ist das Verhältnis hinsichtlich des Heilverfahrens. Es wurden im ganzen verflocht 8300 Personen, davon 4698 oder 54% Tuberkulose, die auf sie entfallende Quote der Kosten des Verfahrens ist eine entsprechend hohe: Der Aufwand, so weit ihn die Landesversicherungsanstalt zu tragen hat, betrug nämlich 950 000 Mk. gleich 57% der Gesamtsumme von rund 1 1/2 Mill. Hierzu kommen noch ungefähr 40 000 Mk. für die Verpflegung invalider Invaliden. Die Versicherungsanstalten haben somit das größte finanzielle Interesse an einer intensiven Bekämpfung dieser schrecklichen Volkskrankheit.

Die rheinische Anstalt führt diesen Kampf, aus weislich ihres Jahresberichtes, nach folgenden Gesichtspunkten und mit folgenden Mitteln: Schon die Feststellung, daß eine Person an Tuberkulose erkrankt ist, ist von höchster Wichtigkeit, so lange es sich erst um Anfangsstadien handelt. Denn eine unverzügliche Behandlung vermag womöglich ein volles Aushellen der Krankheit herbeizuführen. Die Versicherungsanstalt unterstützt nun die in verschiedenen Städten eingeführten Auskunfts- und Fürsorgestellen, deren Aufgabe es ist, Lungenkrankheiten festzustellen, den Erkrankten mit Rat und Tat beizuhelfen und innerhalb der Familien die Verbreitung zu hindern. Ist die Krankheit als solche erkannt und nach ärztlichen Befund Hoffnung auf Besserung vorhanden, so ist das Heilverfahren — eine Heilstättenbehandlung — einzuleiten, das allgemein durch eine kürzere Kur von regelmäßig drei Monaten die Wiederherstellung vorübergehend Erwerbsunfähiger bezweckt.

Eigene Lungenheilstätten hat die Versicherungsanstalt bisher nicht gegründet, vielmehr den zahlreichen Vereinen, die auf das gleiche Ziel hinarbeiten, zum Teil die Geldmittel zur Verfügung gestellt. So hat sie sich bei den sieben in der Rheinprovinz bisher errichteten Heilstätten, die einen Kostenaufwand von rund 5 Mill. Mk. verursachten, mit etwa 2,7 Mill. Mk. beteiligt. Die in einer Lungenheilstätte erfolgreich behandelten werden, soweit möglich, einer fünfjährigen Kontrolle unterworfen, die im Jahre 1902 begonnen hat und deren erste zahlenmäßige Zusammenstellung jetzt vorliegt. Von den mit Erfolg im Jahre 1902 behandelten 1529 Personen bleibt nämlich nach Abzug aller derjenigen, die später Rente erhalten haben, die gestorben, erwerbsunfähig oder wiederholt behandelt worden sind, noch ein Rest von 427 Personen = 27%, bei dem der Erfolg anfangs 1907 noch anhält.

Da erfahrungsgemäß die meisten Anträge auf Einleitung des Heilverfahrens im Mai gestellt werden und sich gegen Winterkuren noch eine starke Abneigung zeigt, ist die Wartezeit bis zur tatsächlichen Aufnahme in eine Heilstätte häufig eine recht lange. Die Versicherungsanstalt hat nun einstweilen bei zwei Lungenheilstätten mit dem Versuch gute Erfolge erzielt, die Kranken sofort aus ihren schlechten häuslichen Verhältnissen herauszunehmen und sie in eine gesunde Umgebung, gute Kost und vor allem in die ärztliche Kontrolle dadurch zu bringen, daß sie in dem Krankenhaus der barmherzigen Brüder in Trier eine besondere Station, eine Art Zwischenstation einrichtete. Es war auf diese Weise möglich, eine Reihe von Kranken als ungeeignet für die Heilstättenkur, auf der anderen Seite aber auch einer solchen Kur überhaupt nicht bedürftig auszuscheiden, aber auch einer Verschlimmerung des Leidens bis zum Eintritt in die Heilstätte vorzubeugen. Der Vorstand beabsichtigt

berartige Stationen auch für die übrigen Heilstätten einzurichten.

Die späteren Stadien der Tuberkulose waren bisher ihrem Schicksal überlassen. In der Erkenntnis der hohen Gefahr, die in dem dauernden Aufenthalt solcher Personen in der häuslichen Gemeinschaft besteht, haben die Versicherungsanstalten von Rheinland und Westfalen erstmalig eine Unterbringung solcher Kranken in ländliche, gesunde Krankenhäuser gegen Abtretung der Miete versucht. Der Erfolg reißt sie zu weiterem Vorgehen an. Einige von ihnen besserten sich sogar soweit, daß sie noch in eine Heilstätte Aufnahme finden konnten, andere verließen das Krankenhaus um eine leichte Beschäftigung und ohne mehr eine Gefahr für die Mitmenschen zu bilden.

Möge die Landesversicherungsanstalt auf dem beschrittenen Wege zum Besten des deutschen Volkes weiterwandeln. Wie viel noch zu tun ist, ergibt die Tatsache, daß in Deutschland etwa 800 000 Tuberkulose mit etwa 80 000 Todesfällen pro Jahr leben, wovon nur 18 000 in einer Heilstätte Aufnahme finden können!

Die zweifellos wichtigste Aufgabe aber muß in vorerwähnten Maßregeln gegen die Lungenschwindsucht erblickt werden. Und hier heißt es für den Arbeiterstand in erster Linie: Hilf Dir selbst, soweit es in Deiner Macht liegt. Und die Lösung der bedeutungsvollsten Aufgabe ist dem Arbeiter selbst in die Hand gegeben. Sie heißt: Materielle Hebung des Arbeiterstandes durch das Mittel der Selbsthilfe, durch die Organisation.

Jahresbericht des Agitationsbezirk Köln.

Auf schwierigem Terrain Schritt um Schritt vorwärts! Dieses Bild spiegelt sich wieder im Bericht unseres Bezirks für das Jahr 1907. Die überaus günstige Entwicklung im Jahre 1906 ließ die Hoffnungen auch für das folgende Jahr hoch gehen; indes die Gesamterfolge unserer Tätigkeit wurden durch die politischen wie wirtschaftlichen Vorgänge wesentlich beeinträchtigt. Das erste und zum Teil auch noch das zweite Marienjahr standen unter dem Eindruck der hochgehenden Wogen des Reichstagswahlkampfes. Die politischen Kämpfe drängten nämlich die praktische Gewerkschaftsarbeit in den Hintergrund. Raum hat sich die Spannung im politischen Leben in etwa gelöst, da wirft die anbrechende wirtschaftliche Depression ihre breiten Schatten voraus. Gegen Ende des Jahres macht sich die Krisis mit all ihren nachteiligen Folgen für die Arbeiter in ganz erheblichem Maße bemerkbar, besonders im Siegerland, wo wir auf Kommando eine ganze Reihe Werke Lohnreduzierungen bis zu 20% vornahmen. Trotz der lähmenden Einwirkung dieser beiden Faktoren weist das Berichtsjahr in mancher Hinsicht erhebliche Erfolge auf. Die Zahl der

Bewegungen

an denen unser Verband beteiligt war betrug 12. Sieben Bewegungen führte unser Verband allein. In 3 Fällen kam es zum Angriffsstreik, dieselben endeten mit teilweisem Erfolge. Es erzielten die Kollegen einer Feilenfabrik in Lindlar 10 bzw. 15% Lohnerhöhung und 1/2 Stunde Verkürzung der Arbeitszeit. In einer Schlosserei in Köln gleichfalls 10 bis 15% Lohnerhöhung und 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung. In Ehrenfeld wurde für Ueberstunden 10 und für Sonntagsarbeit 15% Zuschlag erreicht. In 2 Fällen gelang es in Ehrenfeld Akkordreduzierungen und sonstige Verschlechterungen abzuwehren.

In Kalk erzielten in einem Betriebe unsere Kollegen eine Lohnerhöhung von 5%. In Galschleben wurde für Ueberstunden 20% erreicht, außerdem den Formiern besseres Material zugebilligt. Eine Bewegung in Borz verlief für die direkt Beteiligten erfolglos, wohingegen nach dem Streik mancherlei Vorteile in Erscheinung traten. Im Labatal wur-

Von der Firma hier zu zahlende Betrag wäre also bei nur 3 1/2%iger normaler Verzinsung ganze 39 W. im ersten Jahre. Damit nun nicht etwa die Sparsumme zu hoch ansteigen kann, ist auch gleich eine Höchstgrenze gezogen worden in Höhe von 300 Mark Sparsumme und auf die Höchstdauer von zehn Jahren beschränkt.

Das Recht der Firma, ihre diesbezüglichen Zusagen jeweils am Jahreschlusse zurückzuziehen, ist ausdrücklich im § 2 der Statuten niedergelegt. Hier heißt es: „Falls die A.-G. Iffselburger Hütte ihre diesbezüglichen Zusagen zurückzuziehen oder abändern will, so wird sie dieselben drei Monate vor dem jeweiligen Jahreschlusse kündigen.“ Andererseits sind die Rechte der Arbeiter derartig, daß die Fabrikleitung jederzeit in der Lage ist, ihre Interessen zu wahren. Die Wahl der Vorstandsmittelglieder erfolgt durch Handaufheben und können nur solche Arbeiter gewählt werden, welche mindestens 3 Jahre in der Fabrik beschäftigt sind. Vorstandswahlen sollen nach Bedarf stattfinden. Eine Versammlung oder Neuwahl des Vorstandes findet im Juli statt, falls mindestens 10% der Mitglieder eine solche wünschen, oder wenn durch Austritt eines Vorstandsmittelgliedes eine Ergänzungswahl erforderlich wird. Von etwaigen Statutenänderungen muß der Direktion der A.-G. Iffselburger Hütte Mitteilung gemacht werden. Bei dem Austritt aus dem Verein sind die den Mitgliedern übergebenen Statutenhefte zurückzugeben. Die Versammlungen werden in der Fabrik abgehalten. Dem Vorstande steht das Recht zu, Mitglieder auszuschließen, welche gegen das Interesse des Vereins verstoßen oder die Ausnahmestellung nicht erfüllt haben. Mit dem Aufhören der Mitgliedschaft erlischt jeglicher Anspruch an den Verein.

Dieses sind die wichtigsten, statutarischen Bestimmungen der Iffselburger gelben Organisation. Wahrlich ein denkender, selbständiger Arbeiter wird es weit von sich weisen, durch seinen Beitritt eine solche Organisation zu unterstützen und sich seiner Staatsbürgerrechte selbst zu entäußern. In einem größeren Artikel des Reichsarbeitsblattes Heft 1 d. R. S. 62 über die gelben Gewerkschaften findet sich folgender Satz: „Die Möglichkeit, in den Ausnahmestellung zu treten, haben sie sich (die Gelben) aber in ihrem Programm gleichfalls offen gehalten; sie betrachten den Streik aber nur als die ultima ratio, zu der erst dann gegriffen werden darf, wenn alle friedlichen Mittel zur Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erschöpft sind.“ Dieser Satz ist im Allgemeinen schon als unrichtig zu bezeichnen, um vielmehr denn im Einzelnen, wie wir es hier im Statut der Iffselburger Hütte sehen. Aus demselben ist die rasche, unverschleierte Gestalt der gelben Gewerkschaften zu erkennen und kann richtig bemerkt werden. Mögen die Arbeiter der Iffselburger Hütte und in ihrer Gesamtheit zeigen, daß sie trotz allem noch Ehrgefühl genügend besitzen, um solche Zumutungen zurückzuweisen.

Zur Reform der Arbeiterversicherung

wird uns aus Köln geschrieben:

Die Arbeiterversicherung ist unstreitig vom hohen Werte für die Arbeiterschaft. Das beweisen die hohen Summen, die bei den verschiedenen Versicherungszweigen alljährlich aufgebracht und ausgezahlt werden. Andererseits haben sich aber doch auch im Laufe der Zeit sehr erhebliche Mängel herausgestellt, die je länger, desto stärker fühlbar werden. Auf dem Gebiete der Krankenkassen ist es in erster Linie die vielfach vorherrschende Zersplitterung in wer weiß wie viele Kassen und Kassen. Besonders schlimm sieht es damit hier in Köln aus. So gibt es hier nicht weniger als 80 Orts-, Betriebs- und Innungskassen, ungerechnet der freien Hilfskassen. Eine Zusammenlegung wäre hier durchaus am Platze, weil dadurch die Leistungsfähigkeit der Kassen nur gesteigert werden könnte.

Auch in bezug auf das Wahlverfahren (das gilt für die gesamte Arbeiterversicherung) mußte eine Aenderung dadurch herbeigeführt werden, daß an Stelle des jetzt geltenden Mehrheitsprinzips die Verhältniswahl trete. Es ist doch auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, daß ein erheblicher Teil der Mitglieder und zwar in den größten Kassen durch das jetzige Wahlverfahren von der Kassenverwaltung ausgeschlossen sind. Das dürfte auch auf diese selbst einen ungünstigen Einfluß ausüben. Denn was soll man von einer Kassenverwaltung sagen, der in einem Jahre über 14000 M. an Beiträgen verloren gehen, die von Unternehmern nicht eingezahlt wurden? Gegen den Vorstehenden der Ortskrankenkasse für das stehende Gewerbe wurde kürzlich von ärztlicher Seite öffentlich der Vorwurf erhoben, daß er entgegen dem Willen des Arztes, auf Kosten der Kasse einen mehrwöchentlichen Landaufenthalt genommen habe.

Eine andere Kassenverwaltung ließ den ihr öffentlich mehrfach gemachten Vorwurf, daß sie Wahlagitation, durch Flugblätter, Versammlungen, auf Kosten der Kassencassen habe, ruhig auf sich sitzen. In allen diesen Fällen handelt es sich um sozialdemokratische Kassenver-

waltungen. Da liegt eine Besserung eben doch im allgemeinen Interesse. Dazu gestellt sich die jetzt wieder aufgerollte Frage, ob freie Arztwahl oder beschränkte freie Arztwahl oder Kassenärzte, worüber sich in nächster Zeit noch wieder erregte Debatten entspinnen dürften. Nach einer Untersuchung des hiesigen statistischen Amtes ist die gewaltige Steigerung der Ausgaben bei einer Reihe hiesiger Krankenkassen in den letzten 3-4 Jahren auf das Konto der freien Arztwahl zu setzen. Bei all diesen klei eluschnenden Fragen sind auch die christlichen Arbeiter auf das lebhafteste interessiert und können sich bei deren Behandlung nicht mit der Rolle des stummen Zuschauers begnügen.

Aber diese Uebelstände auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens sind es nicht allein. Nimmt man noch hinzu die so oft beklagte Zurücksetzung des Arbeiterelementes bei der Unfallversicherung und das daraus resultierende bürokratische Verfahren bei denselben mit all seinen Mängeln und ferner die seit einigen Jahren in Schwung gehende Rentenquetsche bei der Invalidenversicherung und die sonstigen aus der Kompliziertheit dieses Gesetzes sich ergebenden Schwierigkeiten, so ergibt sich wie von selbst die Frage einer Reform der Arbeiterversicherung.

Welche Wege diese Reform einzuschlagen hat, darüber muß insbesondere in der christlichen Arbeiterschaft baldige Klarheit geschaffen werden, damit sie desto eifriger und geschlossener für das gesteckte Ziel eintreten und wirken kann.

Diesem Zweck diene eine am 15. März in Köln stattgefundene, zahlreich besuchte öffentliche Versammlung, die vom christlichen Gewerkschaftskartell einberufen war. Nach einem Vortrage des Volksbureauvorstehers Dieckmann (M.-Gladbach) und einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige, im großen Saale des katholischen Gesellenhauses zu Köln tagende, zahlreich besuchte Versammlung christlicher Arbeiter stimmt den Ausführungen des Referenten betr. die Reform der Arbeiterversicherung zu und erklärt demgemäß: 1. Die Krankenversicherungspflicht ist auf alle Personen auszudehnen, die der Invalidenversicherung aus irgendwelcher Ursache unterstellt sind, vor allem aber auf die Dienstboten, die Arbeiter und Angestellten in Privatdiensten, die Heimarbeiter sowie die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. — 2. Zur Vereinfachung der Kassenverwaltung und zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Kassen ist eine Zentralisation zu schaffen. Dieselbe kann in der Weise erfolgen, daß für einen Bezirk etwa von der Größe einer preussischen unteren Verwaltungsbehörde nur eine Krankenkasse besteht, je nach Bedürfnis mit mehreren Zahlstellen. Insbesondere müssen die Gemeindekrankenkassen, die Betriebs- und Innungskassen in die Zentralisation einbezogen werden. — 3. Die Verwaltung der Zentralkrankenkassen muß als örtliches Ausführungsorgan für die übrigen Versicherungszweige ins Auge gefaßt werden; — 4. die bisherige bewährte Verwaltungsorganisation der Krankenversicherung muß beibehalten werden; — 5. eine Neugestaltung ist erforderlich bei dem Streitverfahren in der Krankenversicherung, da die Aufsichtsbehörden in allgemeinen sich als richterliche Instanz nicht bemüht haben und die Prozessführung bei den ordentlichen Gerichten dem Grundgedanken der Sozialgesetzgebung nicht entspricht. Es sind daher bei den Zentralkrankenkassen parteiliche Schlichtungskommissionen einzusetzen, gegen deren Entscheidungen die Berufung beim Schiedsgericht und die Revision beim Reichsversicherungsamt zulässig sind.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird beantragt: 1. Mitbeteiligung von Arbeitervertretern bei der Entschädigungsfeststellung; — 2. Uebertragung der örtlichen Geschäfte der Unfallversicherung auf die Zentralkrankenkasse; 3. Erweiterung der Familienunterstützung bei Krankenhausbekämpfung; — 4. gesetzliche Beschränkung des Höchstes hinsichtlich der Rehabilitation und Entziehung rechtskräftig festgestellter Unfallrenten. Die Versammlung protestiert gegen das seit einigen Jahren bestehende System, die Unfallentscheidungen möglichst niedrig zu halten und zu Bedürftigkeitsunterstützungen herabzudrücken, sowie bei nicht sehr erheblichen Körperdefekten (z. B. Fingerverlusten) eine wesentliche Erwerbsbeschränkung zu verneinen und jede Entschädigung abzulehnen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß bei minder schweren Unfällen in der Regel die Entschädigung durch Auszahlung eines Kapitalbetrages geleistet werden soll.

Hinsichtlich der Invalidenversicherung erhebt die Versammlung Einspruch gegen die von der Reichsregierung veranlaßte strenge Auslegung des Begriffs: „Erwerbsunfähigkeit“ und verlangt wohlwollende Prüfung sowie billige Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der Verletzten, wenn dies auch eine Beitragserhöhung zur Folge haben sollte. Die Versammlung verlangt bei einer Reform des Invalidenversicherungsgesetzes, daß: 1. die örtlichen Geschäfte der Zentralkrankenkasse übertragen werden; — 2. die Einführung von Zuschuprenten bei völliger Arbeitsunfähigkeit, sowie für den Fall, daß Angehörige zu unterstützen sind, ins Auge gefaßt wird; — 3. eine Zuschupversicherung mit Sparfahneigenenschaft eingeführt wird. Bezüglich der Vertreterwahl fordert die Versammlung die Einführung der Verhältniswahl für die gesamte Arbeiterversicherung und fernerhin eine Vereinfachung des Wahlverfahrens bei den einzelnen Körperschaften.

Die Resolution soll den in Betracht kommenden Reichstagsgeordneten sowie dem Reichstag selbst übermittelt werden. Die Arbeiter dürfen erwarten, daß die gesetzgebenden Körperschaften ihren berechtigten Wünschen bezüglich der Arbeiterversicherung Rechnung tragen

Gewerkschaftliches.

Versammlungspraxis.

Eine zum Ueberdruß wiederkehrende Klage in unserm Gewerkschaftsleben betrifft den schlechten Besuchsbesuch. In 99 von 100 Jahresberichten tönt diese Klage wieder. Hier soll die stupide Gleichgültigkeit der Kollegen, dort die Vereinsmüdigkeit, an anderer Stelle auch Stank und Zanf die Schuld daran tragen.

Vielfache Erfahrungen haben jedoch bestätigt, daß es vielfach auch an der mangelhaften Vorbereitung, insbesondere zu den öffentlichen Versammlungen, liegt. Aus diesem Grunde wird der Zweck der Versammlung sehr oft nicht erreicht. In den meisten Fällen ist der schlechte Besuchsbesuch darauf zurückzuführen, weil es nicht verstanden wurde, die Massen anzuregen und in Spannung zu halten.

Um das zu erreichen, muß vor allen Dingen rechtzeitig in die Agitation für die Versammlung eingetreten werden. In der Presse muß frühzeitig genug Propaganda gemacht werden, damit die Massen aufmerksam werden, Schwung und Begeisterung entfacht wird. Pamphlet oder kleiner Flugblätter müssen packend abgefaßt sein und für eine systematische rechtzeitige Verbreitung derselben Sorge getragen werden. Vertrauensmänner und Mitglieder sind frühzeitig mobil zu machen, damit die mündliche Agitation bei den Mitarbeitern einsetzt, nur dann ist auf gut besuchte Versammlungen zu rechnen. Wo die Mitglieder nicht selbst angepörrt werden und regen Agitationseifer entwickeln, kann auch nicht erwartet werden, daß die indifferente Masse mit fortgerissen wird. Resolutionen müssen vor der Versammlung sorgfältig ausgearbeitet werden, weil in der Versammlung selbst zu wenig Zeit und Gelegenheit vorhanden ist und dadurch vielfach entstellte oder faulste Abfassungen zustande kommen. Gerade im letzten Punkte ist gründliche Reform notwendig. Ebenso ist dringend zu empfehlen, bei größeren Versammlungen schon vorher einige Diskussionsordner zu bestimmen, damit auch diese wichtige Frage nicht dem blinden Zufall — der oft ziemliches Unheil anrichten kann — überlassen bleibt.

Vor dem viel verbreiteten Unzug mit Paraderednern muß dringend gewarnt werden. Es gibt leider Zahlstellen und Diskussionsstellen, nicht nur in den Großstädten sondern auch in ländlichen Gegenden, die es unter einem Abgeordneten oder Dr. oder Professor kaum noch tun wollen. Andere setzen solche Paraderedner ohne deren Wissen auf die Einladungen, dann ist der angekündigte Redner stets „im letzten Augenblick verhindert“, die Besucher aber enttäuscht und nur wenige lassen sich ein zweites mal noch zum Harter halten. Solche „Zugmittel“ führen stets in die Sackgasse.

Die Massen müssen dahin erzogen werden, daß sie nicht um der Person des Redners, sondern um der Sache willen in der Versammlung erscheinen.

Noch einige Worte zur Versammlungstechnik. Schreiber dieses hat schon öfter die Erfahrung gemacht, daß in viel zu großen Sälen wohl eine hübsche Anzahl Versammlungsbesucher erschienen, die sich aber derart in die Ecken und Winkel verstreuten, oder an einzelne Tische zusammenpferchten, daß der Saal ein ödes, leeres Bild bot. Da muß Vorsee getroffen werden, daß zunächst die Mitte des Saales und möglichst alle Tische, wenn auch nur teilweise, besetzt werden.

Am Interesse der Redner muß jedoch immer und immer wieder die Forderung erhoben werden, vor und während dem Referat nicht zu rauchen. Die meisten unserer Referenten ruinieren ihre Stimme in frühen Jahren nicht infolge zu vielen Redens, sondern infolge des schrecklichen Tabakqualms, der sich vornehmlich in niederen Lokalen wie ein Sumpfhut auf ihre Stimmhänder legt. Kopfschmerzen, schlechte Stimmung usw. bilden gewöhnlich noch die Gratiszugabe. Deshalb sollte an jeder Tür eines Versammlungslokales ein Schild mit großen Lettern hängen: „Raucht nicht, schont eure Redner!“

Polnische Arbeiter und christliche Gewerkschaften.

Mit welchen Mittel radikal-polnische Parteiführer die christlichen Gewerkschaften bekämpfen, mag man aus folgender Zuschrift ersehen, die uns von einem polnischen Kollegen aus Berlin zugeht.

Zu einer im Februar in Cöpenik stattgefundenen öffentlichen Polenversammlung war als Redner der Abgeordnete Brestki aus Thorn als Referent angekündigt. Er erschien natürlich nicht und an seiner Stelle redeten die polnischen Verbandsbeamten Regulski und Brzeszieski über das Thema: „Warum müssen wir Polen uns der Bochumer Richtung (Polenverband mit dem Sitz in Bochum) anschließen?“ Der erste Redner verdammte die bestehenden gewerkschaftlichen Richtungen in Grund und Boden, für die polnischen Arbeiter könne es nur ein geben: Eintritt in den polnischen Sonderverband. Die Sozialdemokratie lehnte er wegen ihrer Religiösensindlichkeit und Klaffenmüdigkeit ab. Dann

tant er zu den christlichen Gewerkschaften. Diesen konnte sich kein polnischer Arbeiter anschließen, weil es Zentrumstruppen seien, die den Polen ihre Nationalität rauben wollten und außerdem auch für die Enteignungsvorlage eingetreten seien (Da ist denn doch die Frage berechtigt: Ist das gemeingefährliche Dummheit oder perfide Bosheit? Solchen blödsinnigen Schwindeln hat wohl noch selten ein Mann, der im öffentlichen Leben ernst genommen sein will, zu verzapfen gewagt. Red.)

Zu der Diskussion trat als erster Redner unser Verbandkollege Tokarski, auch polnischer Arbeiter und zweiter Vorsitzender der Ortsgruppe Oberschöneweide, dem polnischen Referenten entgegen. Er wies die Vorwürfe des Redners gegen die christlichen Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit zurück. Es sei den christlichen Gewerkschaften nicht einmal im Traum eingefallen, den Polen ihre Nationalität rauben zu wollen, ebenso wenig für die Enteignungsvorlage einzutreten. (Wenn der polnische Referent nicht vom Mond herunter nach Göpenitz auf die Erde gefallen ist, muß er wissen, daß die christlichen Gewerkschaften sich mit solchen politischen Fragen überhaupt nicht beschäftigen. Und wenn er weiter kein politischer Säugling ist und objektiv sein will, dann könnte er ferner wissen, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften außerhalb ihrer Berufsorganisation, wo sie als Staatsbürger und am politischen Leben sich beteiligen, gegen jedes Unrecht, so auch gegen die Unterdrückung der polnischen Muttersprache sind. Siehe Stellung der christlichen Arbeiter zu dem Sprachenparagrafen im neuen Vereinsgesetz. Red.) Redner zeigte sodann in längeren Ausführungen im Hinblick auf die industrielle Entwicklung Deutschlands, daß die christlich gesinnten Arbeiter sich nicht durch nationale Unterschiede gewerkschaftlich trennen lassen dürfen, sondern geschlossen in der christlichen Gewerkschaft zusammenhalten müssen. Die christlichen Gewerkschaften hätten auf ihre Fahnen die ausgreifende Gerechtigkeit geschrieben und in ihnen seien die Interessen der polnisch-sprechenden Kollegen ebenso gut aufgehoben, wie der deutschen. Wer die Arbeiter hier noch trennen wolle, sei kein christlicher Freund derselben.

Eine ganze Reihe radikal-polnischer Redner wandten sich hierauf gegen unsern Kollegen Tokarski und machten ihm den Vorwurf, er sei schon „berggermanisiert“ und wolle auch seine Landsleute auf denselben Abweg führen. Der schmer bestürmte Kollege griff nochmals zum Wort und zeigte an mehreren Beispielen, wie in Polen die deutschen und polnischen Unternehmern gegen die Arbeiterverbände stets einig seien. Für die Arbeiter als die Schwächeren bliebe nichts anderes übrig, als es auch so zu machen, wenn sie von den Kapitalisten nicht ausgebeutet werden wollten. Die Zersplitterung der Deutschen Arbeiterbewegung sei schon so wie so viel zu groß und die christlichen Arbeitermassen müßten unbedingt zusammenstehen in einer Richtung, wenn sie Einfluß im Wirtschaftsleben ausüben wollten. Die recht denkenden, polnischen Arbeiter besorgten die Parole des Erzpriesters Abg. Stychel, der allen Arbeitern seiner Muttersprache empfohlen habe, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Dem schließen wir uns an und rufen allen polnischen Kameraden, ob im Osten oder Westen, eindringlich zu: Hinein in die christlichen Gewerkschaften, in Euerm ureigenen Interesse!

Ein Eingeständnis.

Beim Thema Hüttenarbeiterläge wird die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Zeitung“ stets nervös, wenn wir auf die geschichtliche Tatsache hinweisen, daß unser Verband der erste war, der von den bestehenden Metallarbeiterverbänden für die Hütten- und Walzwerksarbeiter eingetreten ist. Die Genossen waren dreißig genug, uns darob „Geschichtsfälschung“ und dergl. vorzuwerfen. Nachdem wir kürzlich darauf hinwiesen, daß der sozialdem. Arbeiter-Verband laut Beschluß der letzten Generalversammlung sich schon auf der nächsten im Jahre 1909 mit dieser Frage beschäftigen will, ist es ruhig im roten Lager geworden. Zum Ueberfluß gesteht es die „Metallarbeiter Zeitung“ aber auch selbst ein, daß bisher für die Arbeiter der Hütten- und Walzwerke von seiten des sozialdem. Verbandes betrüblich wenig geschehen ist. In einem Artikel in Nr. 11 gesteht sie:

„Bei der Agitation unter den Hüttenarbeitern hat der Deutsche Metallarbeiterverband insofern einen schweren Stand, als seine Agitationsarbeit vorerst auf den Zusammenstoß der gelehrten qualifizierten Arbeiter gerichtet war. Indes hat der Verband nie engherzig und kurzschichtig die Interessen der „gelehrten“ Arbeiter allein vertreten. Über der Deutsche Metallarbeiterverband hat dadurch eine geistige Höhe erklommen, auf die die Walzwerksarbeiter etwas schwer folgen können.“

Hier wird es offen zugegeben, daß sich der sozialdem. Verband zuerst mit den gelehrten qualifizierten Arbeitern befaßt und die Hüttenarbeiter vernachlässigt hat, sodas sie jetzt auf die geistige Höhe (1) des freien Metallarbeiterverbandes „schwer folgen“ können. Die Hütten- und Walzwerksarbeiter wie alle in der Agitation stehenden Kollegen werden sich das merken und den roten Kaita-

toren dieses Geständnis unter die Nase halten, wenn sie wieder mit der Priorität des freien Verbandes freiben gehen.

Soziale Rechtspflege.

Ist der Hinweis auf den Ausschluss aus dem Verbands strafbar?

Eine tomische Frage, werden die Leser denken, und doch hat sie schon wiederholt preussische Gerichte beschäftigt. Kürzlich noch das Oberlandesgericht in Hamm.

Die „Bergarbeiterzeitung“, das Organ des alten Bergarbeiterverbandes, brachte im vorigen Jahre eine Note über eine Sperre in Zwickau, worin u. a. gesagt war: Alle Kameraden, auch die vom Zwickauer Revier, dürfen nicht auf den Brückenberg-Schächten in Arbeit treten, wenn sie nicht gegen die Verbandsdisziplin verstößen wollen. Wer trotzdem dort Arbeit nimmt, stellt sich außerhalb des Verbandes.

Hierin hatte der Staatsanwalt eine Verurteilung, Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung, erließ und gegen den Heftigen der „Bergarbeiterzeitung“, Theodor Wagner, das Strafverfahren eingeleitet. Schöffengericht und Strafkammer sprachen Wagner frei. Der Staatsanwalt legte gegen das freisprechende Urteil Berufung ein, die vom Oberlandesgericht Hamm verworfen worden ist. In den Urteilsgründen wird ausgeführt:

Nach den Satzungen des genannten Verbandes können Mitglieder, die als solche im Bedarfsfall Unterstellungen aus dem Verbandsvermögen erhalten, vom Verbandsausgange ausgeschlossen werden, wenn sie die Interessen und das Ansehen des Verbandes schädigen, und wenn dann keinerlei Anspruch mehr auf das Verbandsvermögen. Der Berufsrichter findet in dem Urteile den Versuch, auf die Bergarbeiter einzulassen, läßt aber mit Recht die von § 153 der Gewerbeordnung auch hervorzuheben den Kern des öffentlichen Zwanges und der Überwachung außer Betracht, und erachtet ferner damit weder eine Drohung, noch eine Verurteilung, sondern nur einen Hinweis, eine Warnung, die vorbeugen soll. Der Ausschluss aus dem Verbands mit seiner auch vermögensrechtlichen Folgen bedeutet zweifellos für die davon betroffenen Bergarbeiter ein Uebel. Der Hinweis auf dieses Uebel konnte erfolgen einmal, um in erster Linie eine verbandsseitige Maßregelung wohlmeinend zu verhüten, oder aber hauptsächlich, um den Zuzug solcher Personen, unbekümmert um deren freie Willensbestimmung, im Interesse der in Lohnbewegung befindlichen Arbeiter zu verhindern. Enderenfalls liegt eine Warnung, letzterenfalls eine Drohung vor, die im Falle der Widerrechtlichkeit eventuell strafbar ist. Der Berufsrichter hat festgestellt, daß nur eine vorbeugende Warnung, nicht eine Drohung vorliege. An diese Feststellung, die einen Rechtsirrtum nicht erkennen läßt, ist das Revisionsgericht gebunden. Mit einer wohlgemeinten Warnung läßt sich aber eine Verurteilung, d. i. die auf Ausschließung einer Person wegen Unwürdigkeit aus ihren gesellschaftlichen Beziehungen zu ihren Ständegenossen oder aus ihren geschäftlichen Verbindungen gewirkte Rundgebung nicht vereinbaren. Dazu kommt, daß der Ausschluss aus einem Verbands wegen Verstößes gegen die durch den Verband auferlegten Verbindlichkeiten nicht wie etwa eine schwere Verletzung gegen die letzteren die gesellschaftliche Achtung zur Folge hat.

Ist Streikunterstützung steuerpflichtig?

Diese Frage ist bisher in der Theorie und Praxis verschieden beantwortet worden. Im allgemeinen sind die Juristen und teilweise auch die Steuerbehörden der Meinung, daß die Streikunterstützung dann nicht besteuert zu werden braucht, wenn dem Empfänger nicht das Recht zusteht, die Streikunterstützung einzuklagen, sondern wenn die Mitglieder bestimmter Organisationen die Streikunterstützung nur beziehen, soweit die Mittel der in Betracht kommenden Vereinigung ausreichen. Da teils in Preussland noch keine Organisation haben, die einen klaren Anspruch auf Streikunterstützung zugesetzt, so fällt auch bezüglich der Streikunterstützung die Besteuerung fort. In diesem Sinne hat auch im vergangenen Jahre in einem besonderen Falle das Finanzministerium im Königlich Sachse entschieden. Eine andere Entscheidung ist vor kurzem vom Ministerium des Innern in Mecklenburg-Schwerin gefällt worden. In Rostock machte eine Anzahl Arbeiter, die längere Zeit in Streik standen und die außer der Streikunterstützung keine Einnahmen hatten, den Einkommen geltend, daß sie keine Steuern zu bezahlen brauchten, weil ihre Einnahmen aus der Streikunterstützung nicht steuerpflichtig seien. Da die Steuerbehörde den Einkommen nicht gelten lassen wollte, wandten sich die betreffenden Arbeiter an das Ministerium des Innern. In der Eingabe an das Ministerium wurde angeführt, daß die Streikunterstützung aus Beiträgen der Verbandsmitglieder bezahlt wird, also aus Einkommen, die von den einzelnen Mitgliedern schon besteuert worden sind. Trotzdem hat die höchste

Behörde in Mecklenburg-Schwerin entschieden, daß die Besteuerung der Streikunterstützung zu Recht erfolgt ist.

Streiks und Lohnbewegungen.

Aussperrung bei der Firma Otto Grafen u. Comp. in Magdeburg.

Am Mittwoch, den 26. Februar hatte ein Arbeiter, der die Pfannen bedient, das Malheur, daß ihm eine Pfanne durchging. Dem betreffenden Arbeiter, der schon 4 Jahre auf dem Werke diese gefährvolle Arbeit verrichtet, passierte dies zum ersten Male. Er wurde, als er seine Schicht beendet hatte, kurzerhand am anderen Morgen entlassen. Dies erregte bei der übrigen Arbeiterschaft große Erbitterung, weil sich die Arbeiter der Stahlgießerei von vornherein klar waren, daß bei dieser Entlassung noch andere Gründe mitspielten.

Im Laufe des Vormittags wurde der Arbeiter-Ausschuß dieserhalb bei der Direktion vorstellig, ohne jedoch die Wiedereinstellung des betreffenden Arbeiters zu erreichen, vielmehr spitzte sich die Sache noch mehr zu. Der Direktor von Gent sagte, es solle ein Mitglied des Arbeiterausschusses dem Geschäftsführer des freien Verbandes, von den gepflogenen Verhandlungen Mitteilung machen. Ein Mann von den Ofenleuten fühlte sich berechtigt, der Aufforderung des Direktors nachzukommen. Er zog sich um, sagte seinem Obermeister Bescheid, unterließ es aber, seinem Vorgesetzten, dem Ingenieur Stierenberg (der übrigens bei den Verhandlungen zugegen war, also auch die Aussperrung des Direktors gehört hatte) Mitteilung von seinem Weggange zu machen. Als er wieder zurückkam, fand er seine Papiere und seine Entlassung schon beim Postier.

Es wurden im Laufe des Tages noch Verhandlungen mit Herrn Stierenberg gepflogen, aber ohne Erfolg. Darauf erklärten sich die Ofenleute mit den beiden Entlassenen solidarisch und legten, nachdem der Ofen entleert war, nachmittags 3 Uhr die Arbeit nieder. Um 7 1/2 Uhr wurde in der Stahlgießerei ein Anschlag folgendes Inhalts gemacht:

„Aus Anlaß der Arbeitsniederlegung der Ofenleute sieht sich die Firma gezwungen, den Formern, Kernmachern und sonstigen Gießereiarbeitern mitteilen zu müssen, daß der Betrieb der Stahlgießerei von heute Abend ab bis auf weiteres ruht.“

Die Firma ist somit den Arbeitern zuvorgekommen und hat diese ausgesperrt. Wie von allen Seiten festgestellt worden ist, trifft den Pfannemann keine Schuld. Die Pfanne hat beim Aufsehen, zu welchem Zweck sie ganz herumgedreht wurde, damit sie mit der offenen Seite an das zum Anwärmen bestimmte Feuer zu stehen kommt, einen Stoß erhalten. Dadurch lockerten sich die Fliesen, mit welchen die Pfanne ausgemauert ist und ließen den Stahl durch. Dieser Mann wird sofort entlassen, er ist ja auch Gewerkschaftler. Andere dagegen, zum Beispiel der Arbeiter, der die Pfannen der Kleinbessermerei zurecht macht und bei dem solche Verstöße an der Tagesordnung sind, bei dem wird es geduldet. Der ist auch im gelben Arbeiterverein. Das ist der große Unterschied.

Gesichtlich eines kleinen Streiks im Dezember vergangenen Jahres ist es nämlich auch der Firma Otto Grafen gelungen, einen gelben Verein ins Leben zu rufen, der allerdings außer den Postiers, Boten, Vorarbeitern usw. nur wenige Arbeiter als Mitglieder zählt. Dieser Umstand scheint der Firma Anlaß zu geben, den Konflikt mit der Arbeiterschaft um jeden Preis herbeizuführen, um bei der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit darauf zu kalkulieren, bei Neueinstellungen jeden in diesen gelben Verein hineinzuverlocken, wie es ja auch tatsächlich schon vorgekommen ist. Herr Stierenberg scheint ja auch weniger als Ingenieur, wie vielmehr als Agitator des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und der selbständigen Gewerkschaften angestellt zu sein um auf dem Werke, wo 97 % der Arbeiter organisiert sind, die Organisation zu brechen. Hoffentlich wird er bei den Arbeitern der Firma Otto Grafen wenig Erfolg haben.

Auch der Anschlag der Firma, daß die Gelben während der Aussperrung pro Tag 3 Mark und für jedes Kind pro Woche eine Mark bekommen, kann die organisierte Arbeiterschaft wenig reizen. Von unserm Verbands kommen 25 Kollegen in Betracht, von freien Verbands zirka 600. Es haben inzwischen schon mehrere Verhandlungen stattgefunden, die Firma erklärt jedoch an der Entlassung der beiden Arbeiter festzuhalten. So schien es, als ob der Kampf sich noch zuspitzen und in die Länge ziehen würde. Doch bald kam der Firma die bessere Erkenntnis und es wurden wieder Verhandlungen angebahnt.

Am Freitag, den 6. März hatte der Arbeitgeberverband eine Sitzung wegen des Konfliktes bei der Firma Otto Grafen einberufen. Am gleichen Tage wurde auch der Arbeiterausschuß nochmals bei der Direktion vorstellig und die Verhandlungen nahmen einen befriedigenden Verlauf. Am andern Morgen kamen die Vertrauensleute im Streiktotal zusammen, um Bericht zu erstatten. Am Grund folgender Vereinbarung kam dann der Friede zustande:

1. Wenn Ingenieur Sterenberg, sowie den Meistern und Beamten wird es streng untersagt, sich fernerhin agitatorisch für den geschlossenen Arbeiterverband zu betätigen. — 2. Der Arbeiter, der entlassen wurde, weil er dem Geschäftsführer des freien Verbandes Mitteilung von den Verhandlungen zwischen dem Direktor und dem Arbeiterausschuß machte, wird sofort wieder eingestellt. Der zuerst Entlassene, dem die Pfanne durchging, wird nicht wieder eingestellt. Der Herr Direktor verpflichtet sich aber ehrenwärtlich, diesem binnen 8 Tagen eine lohnende Beschäftigung nachzuweisen.

Diese Bedingungen wurden dann von der Versammlung akzeptiert und beschloffen, die Arbeit in den einzelnen Betrieben geschlossen aufzunehmen. So gingen die Hilfsarbeiter und ein Teil der Krasser am Montag den 9., die Former und Kernmacher am 10., die Fuher am 11., die Deherer mit Ausnahme der Motorkrasser am 12. und Lehgenannte fängt, da sie nicht eher arbeiten kann, am Montag den 16. März wieder an. Die Metallarbeiter von Magdeburg haben auch aus diesem kurzen Kampfe wieder die Lehre ziehen können, daß es ohne festen Zusammenhalt in der Organisation den Arbeitern schlecht ergehen würde. Darum heißt nach wie vor das Lozungswort: Stärkt die Organisation, werbt für den christlichen Metallarbeiterverband.

Zur Bewegung im Gasper Eisen- und Stahlwerk

Blühend und unanft sind auch die Arbeiter des Gasper Eisen- und Stahlwerks aus ihrem bisherigen tatsächlichen Schlaf aufgerüttelt worden. Wegen erheblicher Abzüge, die laut Anschlag vom 1. April ab eingeführt werden sollten, und deren Höhe am 16. d. M. den Arbeitern durch die Meister bekannt gegeben wurde, fand am 17. März, abends gleich nach Schicht eine vom christlichen Metallarbeiterverband bei Säger (fr. Finke) einberufene, stark besuchte öffentliche Versammlung sämtlicher Arbeiter des Werkes statt. Kollege Broich begründete in 1/2stündiger Rede, gestützt auf ein reiches Material, die berechtigten Zweifel der Arbeiter, ob eine solche Handlungsweise des Werkes in der heutigen Zeit, wo ohnehin die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel eine fast nie dagewesene Höhe erreicht haben, irgendwie zu rechtfertigen sei. Man solle doch nicht den schlechten Geschäftsgang vorschreiben, denn davon hätten die Arbeiter des Werkes bisher sich noch nicht zu überzeugen vermocht. Zudem seien auch die Gewinne, die das Werk in den letzten Jahren abgeworfen, beraut, daß kein Grund zur Herunterdrückung der Löhne vorhanden sei. Es sei ja im allgemeinen Geistesgange der Kapitalisten, ihre Einkünfte immermehr in die Höhe zu schrauben, und wenn nichts anderes, dann auf Kosten der Arbeiter, ohne sich dabei irgendwie durch Rücksichten auf die Arbeiter, wovon viele, trotz schwerer Arbeit, nur in jämmerliches Dasein leben, beeinflussen zu lassen.

Nebener schäuferte dann sehr eindrucksvoll die Lage der Hütten- und Walzwerksarbeiter, dabei hervorhebend, daß die Löhne in Anbetracht der schweren Arbeit in gar keinem Verhältnis ständen zu dem enormen Gewinne der Unternehmer. Wenn man bedenke, daß in der Eisengroßindustrie nur die kräftigsten und gesundesten Personen, die sich noch in der Vollkraft des Lebens befinden, arbeiten können, dann sprechen demgegenüber die gezahlten Jahreslöhne in manchen Gegenden geradezu Schand.

Neben den vielfach schlechten Löhnen gesellte sich noch das von den Werken geforderte Ueberstunden- und Ueberfrachtenwesen und die Verkürzung der Sonntagsruhe. Ein Fall, so führte Nebner aus, sei ihm bekannt, wo ein Arbeiter an zehn aufeinanderfolgenden Sonntagen hat arbeiten müssen. Als er hierauf um andere Arbeit bat, wurde er entlassen. So geschehen auf dem Rheinischen Stahlwerk Duisburg-Neiderich. Auf einem anderen Werk mußten die Reparaturarbeiter 40 Schichten im Monat arbeiten.

Zu der überlangen Arbeitszeit komme dann noch die Schwere der Arbeit. Das Gasten und Jagen nimmt während der Schicht kein Ende, wobei die Arbeiter, infolge der großen Hitze, fast ständig in Schweiß gebadet sind. Geregelt Pausen kennt man nicht. Das Essen wird sehr häufig durch die Arbeit unterbrochen, so daß der Arbeiter oftmals drei bis vier Mal ansetzen muß, ehe er seinen Eßsteller leer hat. Es werden eben unmenschliche Anforderungen an jede einzelne Arbeitskraft gestellt durch die gewaltige Steigerung der Produktion. Vor zwei Jahren brachte es eine Kolonne auf einem Werke in Hamm in einer Schicht auf 100 000 Kilogramm Eisen, wofür die Firma größtmöglich ein Faß Bier spendete, das aber leider einem der beteiligten Arbeiter die Einbuße seines Lebens brachte. Durch das fortwährende Drängen und Treiben der Meister wurde nun vor kurzem auf demselben Werke von denselben Leuten 217 000 Kilogramm produziert. Auch hierbei gab die Firma ein Faß Bier zum Besten, trotz der traurigen Erfahrungen vor zwei Jahren. Bedenke man, daß diese aufreibende Tätigkeit in Räumen verrichtet wird, die von Rauch, Qualm, Gase, Stickstoffe, Delbunf, Schwefel und sonstigen Giftstoffen gesättigt sind, dann muß man eingestehen, daß alle diese Verhältnisse zusammenwirkend das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu ruinieren geeignet sind.

Nachdem noch die hohen Unfall- und Krankheitsziffern eine Beleuchtung erfahren und die so vielfach gerühmten „Wohlfahrteinrichtungen“ gebührend gewürdigt waren, stellte Nebner mit, wie der christliche Metallarbeiterverband schon seit Jahren für die Hebung der Lage der Hütten- und Walzwerksarbeiter gewirkt habe. Im Jahre 1904 habe der Verband auf seiner Generalversammlung in Offenbach durch Annahme einer Resolution mehr gesetzlichen Schutz für diese Arbeiter gefordert, wobei die achtstündige Schicht als das zu erstrebende Ziel bezeichnet wurde.

Im Frühjahr 1906 habe der Reichstagsabgeordnete Giesberts, Mitglied des christl. Metallarbeiterverbandes, im Deutschen Reichstage den gesetzlichen Schutz für die Feuerarbeiter gefordert, wobei er sich u. a. auf die Resolution des christl. Metallarbeiterverbandes stützte. Dem inzwischen nämlich am 16. April 1907 vom Reichstage angenommenen Entwurf unserer Kollegen Giesberts und Genossen, wonach

die Regierung angefordert wurde, eine amtliche Erhebung über die Lage der gesundheitlichen Verhältnisse der Hütten- und Walzwerksarbeiter vorzunehmen, folgte der christliche Metallarbeiterverband mit Beraufstellung einer Konferenz der Hütten- und Walzwerksarbeiter, welche am 11. August 1907 in Duisburg stattfand und wozu außer 96 Delegierten aus ganz Deutschland auch 15 Reichstagsabgeordnete verschiedener politischer Parteien eingeladen und größtenteils auch erschienen waren. Nach dem Berliner Kongress, auf dem 120 000 christlich-national gesinnte Arbeiter befreundeter waren, richtete der christlich-sozialer Metallarbeiterverband gestützt auf die Verhandlungen und Entschlüsse dieses Kongresses, eine Petition an den Deutschen Reichstag, worin mehr Schutz für die in der Hütten- und Walzwerksindustrie beschäftigten Arbeiter, und die Regelung der Pensionen, Witwen- und Waisen-Klassen in den industriellen Betrieben verlangt wurde.

Der christliche Metallarbeiterverband darf somit für sich in Anspruch nehmen, der Bahnbrecher zum größeren gesetzlichen Schutz der Feuerarbeiter gewesen zu sein, denn er war der erste, der sich der armen Hütten- und Walzwerksarbeiter annahm. Nachdem Nebner noch in überzeugender Weise zum Eintritt in die Gewerkschaften aufgefordert und zur Einigkeit gemahnt hatte, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die heutige Versammlung erklärt sich mit den durchaus sachlichen Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erkennt an, daß in der Hauptsache nur durch die Macht der Organisation die Lage des Arbeiters dauernd verbessert werden kann und verpflichtet mit allem Nachdruck für die Ausbreitung der Organisation einzutreten.

Die Versammlung beauftragt die Verhandlungsleitung bei der Werkleitung vorbeständig zu werden, um derselben das Unberechtigte ihres Tuns vorzuhalten und auf Abänderung zu drängen.

Des ferneren spricht die Versammlung dem christlichen Metallarbeiterverband für sein entschiedenes Eintreten für die Hebung der Arbeiterlage ihre vollste Anerkennung aus und verpflichtet, mit Macht diesen Verband zu unterstützen.

An den Arbeitern des Gasper Eisen- und Stahlwerks liegt es nun selbst, wie sich ihre Lage gestalten soll. Jetzt vollzählig hinein in den christlichen Metallarbeiterverband um geschlossen die geplanten Verheerungen abzuwehren zu können.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen in jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Süß bei Köln. In der Süßther Maschinenfabrik sind wegen Lohnabzug Differenzen ausgebrochen.

Befingen (Saar). Firma Fr. Wacker & Co. (Schraubensfabrik) wegen Maßregelung der christlichen Gewerkschaftler und Mitglieder des kath. Arbeitervereins gesperrt. Werkzeugmacher und Schlosser insbesondere fernhalten.

Magsburg. Zugang von Kupfer Schmieden für die Magsburger Maschinenfabrik streik, fernzuhalten. Die organisierten Kollegen wurden von genannter Firma entlassen.

Dinklage. Wegen Warezahlung von Kollegen ist über die Firma Holtzhaus (Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen) die Sperre verhängt.

Gelsenkirchen. Bei der Firma Küppersbusch stehen die Arbeiter im Streik resp. Ausperrung.

Solingen. Ueber die Firma Linger ist die Sperre verhängt.

Saarbrücken. Ueber die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft St. Johann (Saar) ist wegen fortwährender Maßregelung der christlichen Gewerkschaftler die Sperre verhängt.

Düren. Bei der Firma Zimmermann & Janzen stehen die Former wegen Lohn Differenzen im Streik.

Zugung ist fernzuhalten.

Ahlen i. N. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir eruchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserm dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 29. März der vierzehnte Wochen-Beitrag für die Zeit vom 29. März bis 4. April 1908 fällig.

Die Arbeitslosen-Zählkarten für das 1. Quartal 1908 sind in der Zeit von Mittwoch den 1. April bis Samstag den 4. April 1908 von jeder Zahlstelle an die Zentrale einzusenden. Keinen Tag früher aber auch nicht später. Von allen Ortsgruppenvorständen muß eine gewissenhafte Ausführung und pünktliche Einsendung der Karten verlangt werden. Es darf nicht vorkommen, wie bei der letzten Zählung, daß einige Gruppen noch an ihre Pflicht erinnert werden müssen.

Die verantwortlichen Kollegen sollen ihren Stolz darin erblicken, diese Arbeit genau und pünktlich zu verrichten.

Zugleich mit der Zustellung der vor kurzem versandten Briefchen sind alle Ortsgruppen in den Besitz eines Fragebogens nebst Anweisung gelangt. Da bisher nur ein Teil der ausgefüllten Formulare bei der Zentrale eingegangen ist, werden die noch fehlenden Ortsgruppen aufgefordert, dies umgehend nachzuholen. Sollte eine Ortsgruppe diese Formulare nicht erhalten haben, ist eine diesbezügliche Nachricht sofort an die Zentrale zu richten.

Die Aufnahmehelme von den dem Verbands betretenden, Mitgliedern, auch von den aus andern Organisationen über tretenden, sind von jetzt ab genau ausgefüllt, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit einzusenden. Die Kassierer mögen dieses von jetzt ab besonders beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.

Alle Kollegen, die Arbeit haben, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Vorkauterheide. Das Mitglied Ludwig Quarten Buch-Nr. 5540 ist aus dem Verbands ausgeschlossen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Duisburg-Neiderich. Wenn wir auch im allgemeinen nicht den besten Versammlungsbesuch zu verzeichnen haben, so können wir mit der Jahres-Generalsversammlung (der Ortsverwaltung Duisburg N.), welche am Sonntag den 8. März im christlichen Gewerkschaftshause bei Rauten stattfand, sehr zufrieden sein. Der Saal konnte die Teilnehmer kaum fassen. Lobend sei auch hier hervorgehoben, daß ein großer Teil der Frauen unserer Mitglieder erschienen waren. Hoffentlich hält der Versammlungsbesuch auch für die Folge so an.

Den Quartals- und Jahresbericht erstattete Kollege Kranzen. Wenn auch im Jahr 1907 nicht alle Wünsche, welche wir am Beginn auf daselbe gestellt haben, erfüllt seien, so könnten wir doch mit Zufriedenheit auf dasselbe zurückblicken. Leider hätten die Arbeiter unseres Bezirkes in der Zeit des guten Geschäftsganges die Notwendigkeit der Organisation nicht einsehen wollen. Die Kollegen haben geglaubt, es würde immer so bleiben. Gar zu schnell, leider zum Schaden der Arbeiter, seien sie aber eines besseren belehrt worden.

Wie es in hiesigen Werken während der Hochkonjunktur am tollsten zugegangen habe, sei auch am ersten der Rückgang eingetreten. Von sämtlichen Werken der Großenindustrie haben zum Beispiel die Hütte „Phönix“ und die Rheinischen Stahlwerke zuerst die Löhne reduziert und die Arbeitszeit verkürzt. Obgleich nun die Arbeiter in größerer Zahl dem Verbands beigetreten, wäre es doch nicht möglich gewesen, die Reduzierungen zurückzuweisen. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1906 498. Aufgenommen sind im Jahre 1907 337, übergetreten 5, zugereist 16, ausgestreitet sind 76, abgereist 25, ausgeschieden 105. Die Mitgliederzahl betrug demnach am Anfang des J. 650.

Die Einnahmen stellten sich folgendermaßen: Von 330 Neuaufnahmen a 50 Pfg. 165 Mk., von 7 jugendlichen a 30 Pfg. 2,10 Mk., Beitragsmarken a 50 Pfg. wurden im Berichtsjahre verkauft 20 492, macht 10 246 Mk., 17 a 40 Pfg., macht 6,80 Mk., 68 a 25 Pfg. 17 Mk., 1236 Delegiertenmarken a 10 Pfg. macht 123,60 Mk., sonstige Einnahmen 12,50 Mk. Gesamtsumme 10 573 Mk. Die Ausgaben für die Hauptkasse betragen: 15 Proz. der Wochenbeiträge 1540,45 Mk., Frankfurter Unterstützung 2 428 Mk., Wanderunterstützung 24 Mk., Maßregelungsunterstützung 90 Mk., Sterbegeld 55 Mk., Anzugsunterstützung 20 Mk., Reduktion 4,10 Mk., an die Zentrale wurden abgeandt 6411,45 Mk. Gesamtsumme 10 573 Mk. Einnahme der Lokalkasse: Kassenbestand am 1. Jan. 1907: 1073,50 Mk., 15 Proz. der Wochenbeiträge 1540,45 Mk., Ertragsbeiträge 2024 Mk., sonstige Einnahmen 118,50 Mk., an Zinsen 149,20 Mk., Summa 4905,65 Mk. Ausgaben der Lokalkasse: An die Bezirkskasse abgeliefert 1223,39 Mk., für Agitation, Flugschriften und Versammlungen 358,50 Mk., Porto und Schreibmaterialien 159,58 Mk., für Bibliothek 75,65 Mk., für Kartellbeiträge 141,90 Mk., Verwaltung und sonstige Ausgaben 656,47 Mk., Notstandsunterstützung 57 Mk., Bestand der Lokalkasse 2233,16 Mk., Summa 4905,65 Mk.

Versammlungen wurden abgehalten: 12 öffentliche, 61 Werkstätt- und 3 allgemeine Vertrauensmännerversammlungen. In der Diskussion wurde ganz besonders auf die hohen Unterstufungen hingewiesen, welche im vergangenen Jahre ausbezahlt seien. In Anbetracht dessen seien auch die Mitglieder verpflichtet, für eine pünktliche Beitragszahlung zu sorgen. Ferner wurde sehr scharf getabelt, daß die Delegiertensteuer nicht von allen Mitgliedern entrichtet sei. Die Vertrauensmänner sollen in Zukunft jedes Mitglied darauf aufmerksam machen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt, mit Ausnahme des Kassierers. Als solcher wurde Kollege Effen-

bezugs gewährt. Zu der 5. Westdeutschen Konferenz der evang. Arbeitervereinsmitglieder wurden 5 Kollegen delegiert.

Sodann hielt Frau Niebach-Düffelhoff einen Vortrag, der hauptsächlich für die anwesenden Frauen berechnet war. „Welchen Nutzen haben wir Frauen von der Organisation der Männer?“, so lautete das Thema. Die Referentin verstand es, vom Standpunkte der Hausfrauen den anwesenden Frauen die Notwendigkeit und Nützlichkeit der christlichen Organisation vorzuführen. Die Hauptaufgaben der Organisation sei Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. An der Lohnfrage sei gerade die Frau besonders interessiert, weil sie als Hausfrau mit dem Gelde, welches der Mann verdiente, sämtliche Lebensbedürfnisse für die Familie beschaffen mußte. Auch sei die Frau, welche fast ausschließlich allein für die Erziehung der Kinder sorgen mußte, an den Arbeitsverhältnissen interessiert. Sie könne mit Recht verlangen, daß der Mann als Oberhaupt der Familie ihr helfend zur Seite stehe.

Bei den heutigen Verhältnissen, ganz besonders in der Eisengroßindustrie sei es aber den Männern durch die lange und schwere Arbeit garnicht möglich, sich der Familie in der notwendigen Weise zu widmen. Eine denkende Hausfrau würde niemals gegen die Zahlung der Beiträge etwas einzuwenden haben. Auch würde sie es einzuräumen wissen, daß die Beiträge ganz gut bezahlt werden könnten. Desgleichen müssen sich auch die christlichen Arbeiter und Frauen dort, wo Konsumvereine bestehen, an diese anschließen. Zum Schluß forderte sie alle auf, für die weitere Ausbreitung und Stärkung der christlichen Gewerkschaften einzutreten.

Reicher Beifall wurde ihr seitens der Versammelten zuteil. Nach einer lebhaften Diskussion und herzlichem Dankesworten an die Referentin wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Nun, Kollegen von Saar und Umgebung! Auch in diesem Jahre muß mit neuer Kraft und verdoppeltem Eifer gearbeitet werden. In unserem Bezirk ist, wenn auch schon manches erreicht worden, noch viel zu tun. Durch das energische und zielbewusste Vorgehen unseres Verbandes wird auch für die Säbten und Walzwerksarbeiter und alle auf den Hüttenwerken beschäftigten eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eintreten. Allen Vorstandsmitgliedern sowie auch den Vertrauensmännern sei auch an dieser Stelle für ihre Mithilfe bestens gedankt, und nun mit frischem Mut und neuer Begeisterung an die Arbeit. Vorwärts immer, rückwärts nimmer! H. B.

Aue (Erzgebirge). Wir müssen auch einmal in Verbandsorgan von unserer Griftanz ein Geben geben. In dem durch sein sprichwörtliches Arbeiterleben bekannten Erzgebirge hat der christliche Gewerkschaftsgeist auch endlich Fuß gefaßt und macht auch langsam Fortschritte. In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt Kollege Voigt-Gera einen Vortrag über: „Unsere nächsten Aufgaben“. Der Redner verstand es, uns in ausführender, packender Weise mit den Zielen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaftsbewegung bekannt zu machen, insbesondere uns zur energischen Weiterarbeit und regen Agitation zu begeistern.

Denn wir jetzt alle unsere Pflicht, dann wird unsere Zahl sich weiter vermehren und die praktische Frucht der Gewerkschaftsarbeit ist näher gerückt. Es gibt leider auch hier noch allzu viele Kollegen, die sehr schwer aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln sind. Desto eifriger und beharrlicher muß unsere Weiterarbeit sein. Auf zur Tat, Kollegen von Aue, hinein in die Organisation!

Scherfede-Nimberk. Am 8. März d. J. hielt die hiesige Ortsgruppe ihre erste Generalversammlung ab. Die Jahreshilfe wurde am 3. März 1907 mit 24 Mitgliedern gegründet. Neu aufgenommen wurden im Laufe des Jahres 16, zugereist 1, sind zusammen 41. Abgereist sind 2, freiwillig ausgetreten 3, ausgeschlossen 13, macht zusammen 18, bleiben noch am Jahreschluß 23 Mitglieder. Es war trotz aller Arbeit nicht möglich, daran zu kommen, woran hauptsächlich Lucretienvereine und Stänkerien schuld sind. Doch hoffentlich ist dieser „Kulturzustand“ überwunden, sodas wir im nächsten Jahre mehr Erfolg zu verzeichnen haben.

Der Kassenbericht sagt folgendes: Einnahme der Hauptkasse 484,20 Mk., der Lokalkasse 83,02 Mk. Ausgabe der Hauptkasse im ganzen 68,72 Mk., der Lokalkasse 57,35 Mk. Kassenbestand der Lokalkasse am Schluß des 4. Quartals 25,70 Mk. Die Kasse und Rechnungen wurden von den Revisoren geprüft und sodann dem Kassierer Entlastung erteilt. — Versammlungen waren im Laufe des Jahres 1 öffentliche Volksversammlung, 8 Mitgliederversammlungen und 2 Besprechungen. Die Vorstandswahl ergab folgenden Resultat: Alois Lefebvre 1., Joh. Schell 2. Vorsitzender, Franz Schulte Kassierer, Valentin Fischer 1., Aug. Franke 2. Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt Peter Prante, Robert Friederich und Joh. Hillebrand, Vertrauensmann H. Fischer.

Zum Schluß hielten noch etliche Kollegen Ansprachen und wiesen auf den Zweck der Organisation hin, ermahnten vor allem an ein ordentliches ordentliches Betragen auf der Arbeitsstelle. Weiter wurde den Kollegen ans Herz gelegt, künftig die Versammlungen reger zu besuchen und nicht denken, mit dem Beitragsgeld genug getan zu haben. Jeder müsse die Nichtorganisierten auf den Wert und Zweck der Organisation hinweisen. Es ist im Laufe des Jahres manches veräußert worden, und wenn es im kommenden Jahre besser werden soll, dann muß jeder Kollege seinen Mann stellen. Darum Kollegen von Scherfede und Nimberk, auf zur Arbeit mit Mut und Ausdauer, und nicht beim ersten Mißerfolg die Flinte ins Korn geworfen, denn auf einen Streich fällt keine Giche.

Dortmund. Die hiesige Ortsgruppe hielt am 14. März die diesjährige Generalversammlung ab. Einleitend bemerkte der zweite Vorsitzende Kollege Galtowski, daß die Ortsgruppe sich von Quartal zu Quartal gut entwickelt habe. Daß es aber notwendig sei, wie im vergangenen so auch in diesem Jahre für die weitere Ausbreitung der Ortsgruppe mit aller Kraft zu sorgen. Vor allen Dingen dürfe die Werbestraße bei keinem Kollegen erschlaffen. Jeder müsse unbedingt dahin arbeiten, daß am Schluß des Quartals die hoppelte Anzahl Mitglieder in der Ortsgruppe gereinigt sei. Daß dieses möglich sei, sei daraus zu ersehen, daß von den im Bezirk Dortmund vorhandenen

30- bis 32000 Metallarbeiter nicht einmal 3000 organisiert seien. Ferner müsse es sich ein jeder zur Pflicht machen, die Versammlungen eifriger zu besuchen, sowie auch die Beiträge pünktlicher zu bezahlen.

Bezüglich des Versammlungsbesuches führte Kollege Galtowski aus, daß es leider eine Tatsache sei, daß die Kollegen, welche selten die Versammlungen besuchen, auch kein Interesse daran hätten, durch Gewinnung neuer Kollegen die Stoffkraft unserer Bewegung zu stärken. Diese Kollegen sind auch nicht in der Lage, Unorganisierte für unsere hohen Aufgaben zu begeistern, da man eben so selten, wie man die Versammlungen besuche, auch das Verbandsorgan und die Bibliothek studiere, um sich das notwendige Wissen anzueignen.

Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Kollege Galtowski 1., Kollege Kemmer 2. Vorsitzender, Kollege Käßner 1., Kollege Daniels 2. Schriftführer, Kollege Müller Kassierer, die Kollegen Keller und Föcking Beisitzer. Als stellvertretende wurden die Kollegen Gronowski, Galtowski, Schwitte, Schneider und Wille gewählt. Der Vorsitzende ersuchte die Vorstandsmitglieder noch besonders, den übrigen Kollegen stets ein Vorbild in treuer Pflichterfüllung zu sein. Nun, Kollegen von Dortmund, beherzigt das Gehörte. Sorgen wir dafür, daß alle Wünsche, die heute in bezug auf unsere Ortsgruppe geäußert wurden, recht bald in Erfüllung gehen. Geht es auf der ganzen Linie vorwärts, dann wollen wir nicht zurückstehen. Zeigt den übrigen Kollegen, daß in Dortmund noch viel Eifer für den christlichen Metallarbeiterverband herrscht. Darum weckt die Unorganisierten, laßt sie nicht in der Gleichgültigkeit weichen. Arbeit, bis auch der letzte Metallarbeiter Dortmunds der Organisation zugesührt ist. Die Mitgliederfluktuation muß mehr und mehr eingeädmet werden. Vorwärts immer, rückwärts nimmer, ist die Parole für das nächste Jahr. H. G.

Edighheim bei Frankfurt. Seit sind die Sozialdemokraten und ihre roten Gewerkschaften hier „gerettet“. Einige prinzipienfeste Sozis haben nämlich unser Verbandsplakat in einer Wirtschaft heruntergerissen und verschwinden lassen. Seit September v. J. hing das Plakat ruhig da, bis es nunmehr dem Fanatismus einiger Genossen zum Opfer gefallen ist. Wie ein Dieb in der Nacht haben sie am eben gänzlich Gelegenheit gefaßt, um unbemerkt ihre Unvorsichtigkeit an einem toten Gegenstand anzuknüpfen. Als die unmaßlichen Täter vom Dieb zur Rede gestellt wurden, machten sie höchst dumme Gesichtser und standen da „die Hand, kein Engel ist so rein“.

Mit einer Moral, die sich aus Parteilichkeit schon an fremdem Eigentum vergriffen, muß es allerdings traurig ausfallen. Um solche Vorfälle vermeiden wir die Sozialdemokratie nicht. Unständige Menschen können einer solchen Haltung gegenüber nur ein Gefühl der Verachtung empfinden. Das gekostete Plakat wird natürlich durch ein anderes ersetzt werden und die Langsamerei ist mithin auch praktisch ohne jeden Erfolg. Die christlichen Arbeiter von Edighheim sehen aber daran wieder die Unbuddantheit der Gegner und müssen ihrerseits alles daran setzen, den letzten christlichen Kollegen in unsere Organisation zu bringen.

Siegen. Am Sonntag, 23. Februar, hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Jahresbericht wurde vom Kollegen Hill erstattet. Das abgelaufene Vereinsjahr hatte im gewerkschaftlichen Leben keine allzu großen Erfolge gezeigt. Wir hatten unter einer besonders harten Fluktuation zu leiden. Bei der vorjährigen Generalversammlung betrug die Mitgliederzahl 104. Im ersten halben Jahr schmolz die Zahlstelle auf 53 zusammen, von da an stieg die Mitgliederzahl von Quartal zu Quartal wieder, bis sie am Schluß des Jahres die Zahl 125 erreicht hatte. Dieser Zuwachs der Mitgliederzahl hat viele Mühe und Opfer gekostet, bis wir die neu aufgenommenen Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt hatten.

Den Kassenbericht erstattete Kollege H. Jung. Danach betrug die gesamte Einnahme 1836,52 Mk., die gesamte Ausgabe 369,54 Mk. An die Hauptkasse wurden abgeführt 466,98 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse einschließlich des Kassenbestandes betrug 345,52 Mk., die Ausgabe 277,32 Mk., bleibt Kassenbestand 68,19 Mk. Die Agitationsstätigkeit war eine sehr rege. Es wurden 22 öffentliche, 13 Vorstandssitzungen und 12 Monatsversammlungen abgehalten.

In den Vorstand wurden gewählt: Robert Kocher 1., Kollege Groos, 2. Vorsitzender, Heinz Jung Kassierer, Bernhard Wolters Schriftführer, als Beisitzer die Kollegen Burg und Rat. Am Schluß wurde ermahnte der Vorsitzende die neugewählten Vorstandsmitglieder, kräftig mitzuarbeiten am Bau der Organisation, und nicht wie im vorigen Jahre dem Vorsitzenden und Kassierer die Arbeit allein zu überlassen. Auch ermahnte er die übrigen Kollegen, sich regelrecht an den Monatsversammlungen zu beteiligen. Es muß Pflicht eines jeden Kollegen sein, im neuen Jahre wenigstens ein Mitglied dem Verbandsbeizuzuführen. Damit hatte die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

Kollegen von Siegen. Das laufende Jahr muß uns alle auf dem Posten finden und größere Fortschritte bringen. Ein guter Anfang ist in den ersten Monaten des Jahres schon gemacht. Ein frischer Zug, ein neues Erwachen geht durch die Arbeiterschaft des Siegerlandes, die bisher schon so viele Enttäuschungen erleben mußte. Endlich haben wir die Gewißheit, im christlichen Metallarbeiterverband die richtige Interessenvertretung gefunden zu haben. Darum auf zur Arbeit, hoch das Banner der christlichen Metallarbeiterorganisation.

Essen-Vorbeck. Wie überall dort, wo es durch die Organisationslosigkeit nicht möglich ist, die berechtigten Interessen der Arbeiter zu vertreten, so haben auch die Arbeiter der Vorbecker Maschinenfabrik es lange veräußt, ihre Verhältnisse durch Zusammenschluß im christlichen Metallarbeiterverband zu verbessern. Dieses wird hoffentlich jetzt besser werden, indem die Arbeiter durch allerhand Neuerungen des Herrn Direktors hinfert zu der Weiterzeugung gekommen sind, daß es ohne Organisation nicht mehr geht.

Es werden von den Arbeitern lebhaft Klagen geführt, so in der Gießerei und Puherei, mo 13 Former, 15 Gießerei-

arbeiter und 9 Lehrlinge beschäftigt sind. Die Formerei ist ein sehr niedriger Bau, welcher nicht die geringste Ventilation aufzuweisen hat. Was hier für ein Dred, Staub, oben nicht, vorhanden ist, spottet jeder Beschreibung. Was für Einrichtungen für die Formerei und Puherei sind nicht da, überhaupt sind für 200 beschäftigte Arbeiter nur 2 Bräunen vorhanden.

In der Puherei sieht es noch trauriger aus. Dort, Staub und Qualm sind auch hier beständige Begleiter der Arbeiter. Das Quantum Arbeit muß geliefert werden, ganz gleich, ob 3 bis 4 Mann weniger in der Puherei vorhanden sind oder nicht. Eine Beschwerde beim Meister Walter kann sonst sehr leicht umfalten, daß der gute Mann aus der Puherei fährt. Dabei muß das Kräftchen, Eisen, gelagert, Sand und Koksabfälle von den Puhern mitgebracht werden. Dies ginge alles noch, jedoch das Holz- und Kohlenholen, Mistfahren, Landungsraben, sowie andere landwirtschaftliche Nebenarbeiten muß auch von den Puhern für die Herren miterselbigt werden. Ob mit Wissen und Willen der „höheren“ Vorgesetzten, wissen wir nicht. Jedoch ist der Lohn von 35-37 Pfg. pro Stunde für diese vielseitige Beschäftigung gewiß nicht zu hoch bemessen. Hier Abhilfe zu schaffen in der Gießerei sowie auch in der Puherei wird dringend notwendig sein.

Zu der Schlosserei und Dreherei sind 26 Schlosser, 11 Dreher, 30 Schlosser- und 26 Dreherlehrlinge beschäftigt. Schon die hohe Zahl der Lehrlinge gibt ein getreues Bild, wie die Leitung des Werkes kalkulierte. Immer nur Arbeit herstellen, möglichst wenig für dieselbe bezahlen, das ist hier Grundfah. Demgemäß sind auch sämtliche Akkorde zugechnitten. Trotzdem scheinen der Firma die bestehenden Akkorde noch zu hoch. Wird doch für jüngere Schlosser 28 bis 34 Pfg. Stundenlohn, ältere 35 bis 45 Pfg. bezahlt. Im Akkorde verdienen jüngere Schlosser 40-42 Pfg., ältere 45 bis 55 Pfg. pro Stunde. Wenn dieselben Akkorde für die Dreher, Hilfsarbeiter in der Werkstätte und beim Verladen verdienen den hohen Stundenlohn von 32 bis 36 Pfg. Wenn man das heutige teure Pfaster berechnet, dann erscheinen wirklich diese Zahlen nicht hinreichend, um die notwendigsten Bedürfnisse des Lebens damit decken zu können.

Trotzdem soll noch billiger gearbeitet werden. So hat man einen neuen Drehermeister eingestellt, dem die Aufgabe gestellt ist, eine gründliche Revision der Akkorde vorzunehmen. Soviel wollen wir den schneidigen Herrn jedoch verraten, wir sind keineswegs gewillt, aus einem einzigen Pfennig abzuziehen zu lassen. Erst mag derselbe mal selbst zeigen, was er praktisch zu leisten imstande ist, aber nicht beim Einmischen mit der Akkordschere arbeiten.

Dann etwas höflicher. Auch der Arbeiter ist ein Mensch, welcher ein Anrecht auf gute Behandlung hat. Aufricht und Bildung scheinen dem genannten Meister fremde Begriffe zu sein, sonst würde derselbe sich nicht in derartigen unflätigen Ausbrüchen ergehen. Die Arbeiterschaft verbitet sich dies ganz entschieden. Schimpfen und Abziehen kann ein jeder, ob aber praktische Arbeit leisten steht dem doch auf einem anderen Blatt.

Wie überhaupt seit dem Einzug des Herrn Direktors Hentel ein neuer Geist mit eingeblasen ist, beweist am besten der Aufricht, wie mit alten Arbeitern umgegangen wird. Schon in einem früheren Artikel haben wir die ungeredete Entlassung eines im Dienste des Werkes ergrauten Arbeiters näher erörtert. Jetzt hat man dem Modell-schreinermeister, welcher 15 Jahre dort beschäftigt war, gekündigt und ihm dann vorgeschlagen, die Portierstelle des Werkes für 1,50 Mark täglich zu übernehmen, er könnte ja dann noch Sektorswässer und dergleichen nebenbei verkaufen“. So verfährt man mit den alten Leuten, die ihre besten Kräfte im Dienste des Werkes verbraucht haben.

Die Arbeiterschaft aber ist aufgerüttelt, sie wird sich durch Besprechungen nicht wieder einschläfern lassen. Immer mehr bricht sich bei ihnen der Gedanke des Zusammenstufes durch. Auch die letzten Vorkommnisse haben wieder bewiesen, daß die geplanten Verschlechterungen abgewehrt werden können, wenn sämtliche Arbeiter den Ruf des Referenten in den Betriebsversammlungen befolgen und sich geschlossen dem christl Metallarbeiterverband anschließen. Dann wird es möglich sein, bessere gesunde Verhältnisse anzubahnen, wodurch Ruhe und Frieden eintreten werden. Kollegen beherzigt das Dichterwort:

Zum Licht empor mit klarem Blick,
Ein Vorwärts stets, nie ein Zurück,
Ein frohes Hoffen, kühnes Streben
Und schnelles Handeln auch daneben —
Dann hat das Dasein Zweck und Ziel,
Der Groteske will, erreicht auch viel!

Gusorf bei Grevenbroich. Am 20. Februar wurde hier eine Agitationsversammlung seitens christlicher Gewerkschaften abgehalten. Ueber die Ausführungen, welche in dieser Versammlung gemacht, entstand ein falsches Gerücht. Es wurden einem Diskussionsredner Äußerungen untergehoben, die dieser nicht getan hatte und geeignet waren, diesen bei seinen Mitarbeitern in Mißkredit zu bringen. Die Verbreitung dieser Nachricht rührte von einem Vorstandsmitgliede des katholischen Arbeitervereins her. In einem Flugblatt traten die christlichen Gewerkschaften diesen unwahren Behauptungen entgegen und luden gleichzeitig zum 8. März zu einer öffentlichen Versammlung ein. In dieser sollte das nämliche Thema der vorhergehenden Versammlung erörtert und auch dem Verbreiter der Unwahrheiten Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben werden.

Es kam jedoch anders. Kaum war die Versammlung eröffnet und die Gründe derselben dargestellt, als man von den verschiedensten Seiten verlangte, den Veranstalter die Leitung zu entziehen. Diesem Verlangen konnte nicht stattgegeben werden, auch dem Ansinnen nicht, dem Ausreißer des Gerüchtes zuerst reden zu lassen, weil die größte Mehrzahl der Anwesenden der ersten Versammlung nicht beigewohnt, daher auch den Zusammenhang der ganzen Angelegenheit nicht kannten.

Da nun eine Verständigung ausgeschlossen war, wies jedes vernünftige Zureden vergeblich, hoben die Veranstalter die Versammlung auf. Nachdem dies geschehen, erhielt man auch ein Bild des Zusammenhanges. Demzufolge, nachdem die Versammlung geschlossen, trat der Vorpräsident des latb Arbeitervereins von Gusorf Herr Koch

und erprobte eine Artguedervereinigung des Arbeitervereins. Aus diesem Arrangement sowie aus einer bis dahin verhältlich gehaltenen Deklaration des Lokales erläh...

Niederlohn. Vom Herrn Präses des katholischen Arbeitervereins Niederlohn erhalten wie mit der Bitte um Veröffentlichung folgende

Erklärung

In einer der letzten Nummern des „Deutschen Metallarbeiters“, die mir erst heute in die Hände fiel, findet sich ein Jahresbericht der Kreisgruppe des Christlichen Metallarbeiterverbandes Niederlohn, der sich auch mehrfach mit dem hiesigen kath. Arbeiterverein befaßt und in mancher Hinsicht der Berücksichtigung bedarf.

1. Daß nach der großen Niederlohn-Auspekkung der größte Teil der christlich organisierten Arbeiter aus der Organisation austrat, ist nicht Schuld des katholischen Arbeitervereins, wie jeder, der mit den hiesigen Verhältnissen vertraut ist, gestehen muß, sondern der Grund dafür liegt in der schweren Niederlage, die die Arbeitererschaft in der Auspekkung leider erlitten hat und die unbegreiflicher Weise eine allgemeine Organisationsmüdigkeit zur Folge hatte. Die Abkehr von den freien Gewerkschaften war damals verhältnismäßig ebenso groß, wenn nicht noch größer.

2. Was die vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften und der katholischen und evangelischen Arbeitervereine angeführte gemeinsame Aktion zur gegenseitigen Stärkung angeht, so ist es richtig, daß der kath. Arbeiterverein ein Vorgehen der christlichen Gewerkschaften in dieser überaus wichtigen Angelegenheit für richtig und notwendig geboten hielt. Bei den hier leider bestehenden konfessionellen Gegensätzen wäre es absohit unmöglich gewesen, die evangelischen Männervereine für die Aktion zu gewinnen, wenn der katholische Arbeiterverein die Initiative ergriffen hätte.

Der Zweifel, ob es dem katholischen Arbeiterverein mit seiner Bereitwilligkeit, an der Aktion sich zu beteiligen, ernst gewesen sei, zuzug von einer großen Unmöglichkeit des Kreisleiters gegen den kath. Arbeiterverein, welcher hat nämlich sofort 2 Mitglieder für eine zu bildende Kommission gewählt, die die Sache in die Hand nehmen sollte. Auch hat er erklären lassen, daß er gern bereit sei, nach der Zahl seiner Mitglieder zu den Kosten der Aktion beizutragen. Wenn aus der Sache nichts geworden ist, was seiner mehr bedauert, als der Unterzeichnete, so liegt die Schuld einzig und allein bei der Leitung der christlichen Gewerkschaft.

3. Daß aber heute nur sehr wenige Mitglieder des katholischen Arbeitervereins der christlichen Gewerkschaft angehöre, ist Tatsache. Jeder objektiv Urteilende wird aber gestehen müssen, daß der Unterzeichnete, der seit 1904 Präses des katholischen Arbeitervereins ist, seine Pflicht getan hat in der Aufklärung der Mitglieder über das Gewerkschaftswesen und oft und eifrig zum Eintritt in die christlichen Gewerkschaften angereizt hat. Wenn es trotzdem nicht gelungen ist, einen großen Teil der Vereinsmitglieder der Gewerkschaft zuzuführen, so liegen die Gründe dafür in der Unparteilichkeit mit der Leitung des hiesigen christlichen Metallarbeiterverbandes.

4. Was im katholischen Arbeiterverein noch zu geschehen hat, ist nicht Sache Außenstehender, sondern des Vorstandes und des Präses.

Niederlohn, den 20. März 1908.

W. J. K., Kaplan,
Präses des kath. Arbeitervereins „Concordia“.

Soziales.

Das Ausnahmestimmen des Reichstagesgesetzes ist als gesichert zu betrachten. In der Vereinsgesetzkommission des Reichstages ist über den herkömmlichen Sprachenparagrafen ein Kompromiß zwischen der Regierung und den Blockparteien zustande gekommen, sodaß sich eine Mehrheit für den Entwurf gefunden hat. Leider sind es die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, die bei diesem Kompromiß die Leidtragenden sind. Einige Einschränkungen des Sprachverbots sind für die Arbeiterbewegung vollständig belanglos. Nach dem Kompromiß soll die nichtdeutsche Sprache während der Wahlzeiten (d. h. von der Aufschreibung bis zum Tag der Wahl) gestattet sein, ebenfalls in solchen Kreisen, wo die nichtdeutsch sprechende Bevölkerung mehr als 60% ausmacht, sofern die Versammlung 72 Stunden vorher angemeldet ist; letzteres nur für die Dauer der nächsten 20 Jahre.

Das sind einige, wenn auch sehr ärmliche politische Zugeständnisse, die für unsere Gewerkschaftsarbeit wertlos sind. So haben wir leider das Vereinsgesetz mit dieser reaktionären, die Gewerkschaftsbewegung hemmenden und schwer gefährdenden Bestimmungen zu erwarren. Alle die Italiener, Polen, Galizier usw., die zu Tausenden, insbesondere im industriereichen Westen beschäftigt sind, können wir nicht assimilieren, zur Sozialität erziehen, weil ein reaktionäres Gesetz den Gebrauch der Muttersprache dieser Leute verbietet. Ein solches Gesetz wird man auf

keinen Fall modern und freiheitlich nennen können. Die Parteien, die hierfür die Verantwortung tragen, haben der Arbeiterbewegung geschwiebel welcher Richtung einen schweren Schlag versetzt.

Zum 2. Volkswirtschaftlichen Kursus in M. Gladbach läßt die Centralstelle des Volksvereins für das kath. Deutschland gegenwärtig die Einladung ergehen. Die Veranstaltung dauert in diesem Jahre vom 9. Juni bis 14. August. Das Arbeitsprogramm ist im wesentlichen dasselbe wie in früheren Jahren.

Anmeldungen zum Kursus sind spätestens bis zum 1. Mai an die Leitung des Volkswirtschaftlichen Kursus, Volksvereinshaus M. Gladbach zu richten. Von Arbeitern, die als Teilnehmer zugelassen sein wollen, ist der Meldung beizufügen:

- 1. Ein kurzer, selbstverfaßter und selbstgeschriebener Lebenslauf, darin insbesondere anzugeben, in welchen Berufen und wo man tätig gewesen ist, seit wann und in welcher Gewerkschaft man organisiert ist, in welchen katholischen Vereinen man Mitglied war und wie man sich in der organisatorischen und agitatorischen Arbeit betätigt hat; — 2. ein ärztliches Gesundheitsattest; — 3. sind solche Personen namhaft zu machen, bei denen die Centralstelle über Charakter und Fähigkeiten Erkundigungen einziehen kann; — 4. ist der Nachweis zu erbringen, daß die notwendigen Mittel zur Deckung der entstehenden Unkosten vorhanden sind und in M. Gladbach deponiert werden können. Dieser Nachweis kann durch Bürgschaften zahlungsfähiger Korporationen oder Privater ersetzt werden. Solche Bürgschaftserklärungen müssen genau den Betrag angeben, für den der Kursteilnehmer evtl. aufzukommen resp. den er zu den Kosten beizusteuern bereit ist. Von den Bewerbern wird unbedingt verlangt, daß sie schon über eine weitgehende Vorbildung in sozialen und gewerkschaftlichen Fragen verfügen und persönlich schon in Vertrauensstellungen tätig gewesen sind; ferner müssen sie gesund sein und ein gutes Oran besitzen. Fern Teilnehmern am Kursus können seitens der Gewerkschaften oder Centralstelle des Volksvereins durchaus keine Ausreden oder Forderungen bezüglich sofortiger oder späterer Anstellung als Gewerkschafts- oder Arbeitersekretäre gemacht werden. Ein untertunenes Vordringen zu dergleichen Stellen ist erfahrungsgemäß erfolglos und bereitet den betreffenden Personen nur unnötige Anzügen.

Sterbetafel.



Nadolzschell. Am 22. März starb un'er treuer Kollege und Mitbegründer unserer Ortsgruppen Alois Dietrich infolge Erstickung an einem Halsleiden im Alter 32 Jahren.

Darmen. Unser Kollege Carl Lauer starb am 19. März infolge Lungenentzündung.

Chreihrem Andenken!

Briefkasten.

Die Nummern 10 und 12 unseres Verbandsorgans sind vollständig vergriffen und ersuchen wir deshalb, die überzähligen Nummern aus allen Ortsgruppen an die Zentrale zurückzusenden. — Nach Mülheim a. Rh. Bei der Todesanzeige eines Mitglieds aus Buchheim fehlt die Hauptsache, nämlich der Name des Verstorbenen. Auch das Alter soll angegeben werden. Kollege E., Mülden. Der Grund für den Uebertritt des Kollegen K. Fischer zum sozialdem. Verband ist nach Ansicht der Kölner Kollegen nicht auf seine persönliche Rechnung kam. Solche Mitglieder sind zu entschuldigen. — Kollege T., Nürnberg. Vorkünftig wollen wir die interessanten Mitteilungen über „Alzugesbes“ nicht veröffentlichten, aber sein läuberlich zu den Akten legen. Mit diesen fragwürdigen Elementen muß man sich nur beschäftigen, wenn es nicht anders geht. — Nach Falkau, Wenden und vielen anderen Orten. Alle Einwendungen für's Organ müssen mit der Unterschrift des Verfassers versehen und durch den Stempel der Ortsgruppe beglaubigt sein, sonst können sie nicht berücksichtigt werden.

Bezirk Südhagen

Am Sonntag den 3. Mai findet in München im Restaurant Großer Kolleggarten, Schwantalerstraße 18, die diesjährige Bezirks-Konferenz statt. Beginn vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr.

Die Tagesordnung wird den Ortsgruppen zugesandt und haben die Ortsgruppenvorstände für die Entsendung von Delegierten Sorge zu tragen. Anträge, sowie die Adressen der Delegierten sind bis zum 18. April an Bezirksleiter Joseph Westermaner, Fleischerstraße 61, München, einzusenden. Verbandsvorsitzender Wieber hat sein Ergehen zugesagt.

Versammlungs-Kalender.

Kollege, Kollegin! Warst Du in der letzten Verbandsversammlung? Wenn nicht, bist Du um so mehr verpflichtet, wenigstens die nächste zu besuchen!

Bremen. Versammlung am 28. März in der Marienburg am Steffensweg. Vortrag des Bezirksleiters Gewerkschaftssekretär Hartmann Hamburg.

Bielefeld. Mitgliederversammlung am 3. April abends 6 1/2 Uhr bei Tebur. Vortrag.

Sektion Bratwede. Versammlung am 5. April mittags 1 1/2 Uhr bei Wm Kamstedt, Gütersloherstr.

Sektion Gütersloh. Versammlung am Dienstag 7. April abends 7 Uhr bei Gallenred.

Welle. Sonntag, den 29. März nachm. 2 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Weinbrenner im Verkehrslokal.

Duisburg-Großenbaum. Sonntag, den 29. März, nachmittags 6 Uhr bei Römer in Buchhof Versammlung.

Dinslaken. Sonntag, den 29. März vorm. 11 1/2 Uhr Versammlung bei Fremdhöfen.

Dortmund Ortsverwaltung. Sonntag, den 29. März morgens 11 Uhr im Gewerkschaftshaus — Sektion Kleingewerbe. Mitt-

wol, den 1. April abends 9 Uhr im Gewerkschaftshaus. Sektion Süd. Sonntag, den 5. April morgens 11 Uhr im Concordia-restaurant, Vorjagplatz. Sektionörde. Sonntag, den 5. April nachmittags 4 Uhr bei Gavig.

Essen-Ortsverwaltung. Am Sonntag, den 29. März vorm. 10 1/2 Uhr findet im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstr. 19, eine Konferenz der zur Ortsverwaltung gehörenden Sektionsvorsitzenden statt. Dieselben haben vollständig zu erscheinen.

Essen-Verge-Vorbeck. Sonntag, den 29. März nachm. 4 Uhr in der Stammlina, Verkehrslokal Boortmann.

Essen-Altenhof. Sonntag, den 29. März abends 6 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Alenturg (früher Wind).

Essen-Vortrop. Sonntag, den 29. März nachm. 3 1/2 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Trogemenn.

Essen-Grünerhagen. Sonntag, den 5. April vorm. 11 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Buchner „Eckhofing“ Gohlfeldstraße.

Essen-Zeich. Sonntag, den 5. April vorm. 11 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Hönings, Chausseestraße.

Essen-Deilwig. Sonntag, den 5. April nachm. 5 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Hönings, Sternstraße.

Essen-Nord-St. Sonntag, den 5. April abends 7 Uhr Versammlung. Verkehrslokal „Eckhofing“ Deuststraße.

Gelsenkirchen-Gesler. Sonntag, den 29. März nachm. 5 Uhr bei Fischer (Königsstr.)

Hattungen. Sonntag, den 5. April, nachmittags 5 Uhr bei Lamm.

Herne. Mittwoch, den 1. April abends 8 1/2 Uhr bei Rosenkranz.

Sektion Herford. Donnerstag, den 26. März Mitgliederversammlung bei W. Feld abends 6 1/2 Uhr am Bahnhof.

Samt. Verge. Sonntag, den 29. März, abends 6 1/2 Uhr bei Hattkämper Generalversammlung. Neuwahl des Sektionsvorsitzenden. Am Anschluß daran Vortrag.

Kalk. Sonntag, den 29. März Versammlung um 10 1/2 Uhr bei Schorob.

Langelsheim. Sonntag, den 5. April bei Wintelmann, Versammlung.

Lippstadt. Sonntag, den 29. März abends 7 1/2 Uhr große öffentliche Versammlung im Gesellenhaus. Vortrag über die wirtschaftl. und sozialpolitischen Aussichten des Metallarbeiters und wie stellen wir uns dazu. Hr. Kollege Weinbrenner, Vorn.

München. Donnerstag, den 2. April abends 8 Uhr öffentliche Versammlung im Kolleggarten Schwantalerstr. 18. Gewerkschaftspolitik und Idealismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Referent: Bezirksekretär Kollege Korrad Nürnberg. — Sonntag, den 29. März Sektions-Versammlung der Schiede im Kolleggarten Referent Kollege Wagner.

Remningen. Sonntag, den 28. März nachm. 3 Uhr Versammlung im Lokale zum Hirsch.

Reviaco. Unsere Mitgliedsversammlungen sind jeden 4. Samstag im Monat abends 1/9 Uhr bei Joh. Espei. Nächste Versammlung ist am 23. März.

Rievern bei Wab Ems. Sonntag, 29. März, nachmittags 5 Uhr in Rievern bei Joseph Dieckbach Mitglieder-Versammlung Mitgliederbücher sind mitzubringen.

Selbe. Samstag, den 28. März Mitgliederversammlung im Lokale Sommer abends 8 1/2 Uhr. Alle Kollegen erscheinen.

Ofer. Sonntag, 5. April nachmittags 3 1/2 Uhr Monats-Versammlung im Lokale von P. Bod. — Am Dienstag, den 31. März abends 8 Uhr Gruppenversammlung für Stammbücher und Schmelzhütte.

Recklinghausen. Sonntag, den 5. April vorm. 11 Uhr bei Vogt Münsterstraße.

Schweidnitz. Samstag, den 28. abends 8 1/2 Uhr im Waldschloß Versammlung mit Vortrag des Kollegen Sauer.

Weyer. Von Auswärts zuziehende oder durchreisende Kollegen mögen sich melden bei Paul Schmitz, Rosenstr. dort befindet sich auch ein Logienachweis.

Sulzbach (Wahern) Sonntag, den 5. April vorm. 10 Uhr Versammlung in Rothenberg bei Schreglmann. Nachm. 2 Uhr in Sulzbach bei Schall.

Sinn. Montag, den 30. März abends 8 1/2 Uhr bei Jakob Türk Versammlung mit wichtiger Tagesordnung. Auch die Kollegen anderer Abteilungen sind freundlich eingeladen.

Wolfsbützel. Sonnabend, den 28. März abends 8 1/2 Uhr beim Gastwirt Ostermann, Eckschloßplatz 17. Referent Arbeitersekretär Weidemann-Braunschweig.

Wallau. Sonntag, den 29. März nachm. 3 Uhr bei Joh. Belte Versammlung.

Wawstein. Sonntag, den 29. März mittags 12 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Weinbrenner.

Gewerkschaftsbeamter gesucht.

Für die Verwaltungsstelle Köln a. Rh. wird zur möglichst baldigen Anstellung ein Lokalbeamter gesucht. — Es wird nur auf eine Kraft reflektiert, die über genügende agitatorische, organisatorische und verwaltungstechnische Vorkenntnisse verfügt und die bereits Erfolge auf diesen Gebieten aufweisen kann.

Bewerber, welche mindestens 2 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein müssen, wollen ihre Bewerbungschriften mit Angaben über ihre bisherige Tätigkeit und Gehaltsansprüche sowie einen Aufsatz über „Die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten“ bis spätestens 15. April an die Bezirksleitung des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes Köln Rh., Fürstentwall 110, einbringen.

J. A. Karl Schmitz, Köln.

Gewerkschaftssekretär gesucht.

Für den Agitationsbezirk Hamm wird ein Gewerkschaftssekretär gesucht. Derselbe muß mindestens zwei Jahre dem Verband angehören, rednerisch tüchtig sein, sowie Erfahrung in der gewerkschaftlichen Verwaltungsarbeit besitzen. Kollegen, welche darauf reflektieren, wollen Angaben über ihre jetzige Tätigkeit, Gehaltsansprüche, sowie einen Aufsatz: „Die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten“ spätestens bis zum 15. April an die Verbandsleitung in Duisburg, Seitenstraße 19, gelangen lassen.

W. L. B. C., Verbandsvorsitzender.